



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 6
Dienstag, 23. März 2010
18:04 - 19:43 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 12.04.2010

Vorsitz:	Theresia Derksen	CVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 35 Mitglieder	
Entschuldigt: Anfang der Sitzung:	Beat Steinacher Lotti Winzeler Kurt Zubler	SP OeBS SP

TRAKTANDEN

- | | | |
|----------|--|------------------|
| 1 | Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption | Seite 153 |
| 2 | Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien zwischen kulturellen Institutionen | Seite 156 |
| 3 | Postulat von Urs Tanner (SP): Trolleybus unterwegs mit 100% erneuerbarer Energie - ohne Atomstrom | Seite 162 |

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
13.10.09	VdSR Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 102, Webergasse 2/4 "Zum goldigen Lämmlein/Zum Geldmangel" im Baurecht	GPK
27.10.09	Motion Till Hardmeier (JFSH): Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen	
26.01.2010	VdSR Totalrevision der Stadtverfassung	SPK
26.01.2010	VdSR Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen	FK
26.01.2010	VdSR Sanierung Haus "Zur Wasserquelle", Vordergasse 26	GPK
09.03.2010	Verfahrenspostulat Urs Tanner (SP): Jährliche Wahl der Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten der ständigen Kommissionen	Büro
09.03.2010	VdSR Verkauf Altliegenschaft GB Nr. 27, Altes Forsthaus, Beringen sowie Ausschreibung und Verkauf der abparzellierten Restparzelle GB Nr. 3768, Beringen	GPK
09.03.2010	VdSR Sanierung der Bühl-Sportanlagen und Bau eines Kunstrasenfeldes	FK
23.03.2010	Verfahrenspostulat Christine Thommen (FDP): Neuwahlen in ständige Kommissionen bei der zahlenmässigen Änderung der Fraktionsstärke	
23.03.2010	Motion Thomas Hauser (FDP): Reglement über die Benützung der Bootsliegendeplätze (RSS 430.1)	

2010 Kleine Anfragen:

1	Urs Tanner (SP)	Winterdienst: Holzschnitzel statt Salz auf den Strassen?	02.02.10
2	Till Hardmeier (JFSH)	Hortet die Stadt Baurecht anstatt Liegenschaften zu verkaufen?	04.02.10
3	Daniel Schlatter (SP)	Winterdienst	16.02.10
4	Christine Thommen (FDP)	WoV - wieder ein Thema	08.03.10

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire
Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen
Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption**

Die Interpellation wird vom Interpellanten Till Hardmeier (JFSH) begründet und von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet.

**Traktandum 2 Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien
zwischen kulturellen Institutionen**

Das Postulat wird vom Postulanten Walter Hotz (FDP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat kurz diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 32 : 0 Stimmen erheblich.

**Traktandum 3 Postulat von Urs Tanner (SP): Trolleybus unterwegs mit
100% erneuerbarer Energie - ohne Atomstrom**

Das Postulat wird von Urs Tanner (SP) begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 22 : 12 Stimmen erheblich. Das Postulat wird abgeschrieben.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 6 vom 23. März 2010 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Käppler, Peter Neukomm und der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

"Ich begrüsse speziell die Delegation des Stadtparlamentes St. Gallen auf der Tribüne:

Franz Fässler, Präsident des Stadtparlamentes (SVP)
Fabian Koch, Vizepräsident (CVP)
Tibor Deér, 1. Stimmzähler (Grünliberale Partei)
Marcel Rotach, 2. Stimmzähler (FDP)
Martin Boesch, Fraktionspräsident SP
Peter Cassani, Fraktionspräsident SVP
Philip Schneider, Fraktionspräsident CVP/EVP
Thomas Schwager, Fraktionspräsident Grüne, Grünliberale, Junge Grüne
Michaela Hänggi Graber, Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion und
Dr. Manfred Linke, Stadtschreiber

Ich heisse Sie ganz herzlich in Schaffhausen willkommen und freue mich, dass Sie unsere heutige Sitzung mitverfolgen. Zusammen mit den Büromitgliedern, dem Stadtschreiber, unseren Fraktionspräsidenten und in Begleitung von Stadtpräsident Thomas Feurer lade ich Sie, liebe Gäste aus St. Gallen, nach der heutigen Ratssitzung gerne zu einem gemütlichen Beisammensein ein, wo wir uns auch über Ihre Eindrücke zu unserer Ratsdebatte unterhalten können. Wir freuen uns darauf.

Nachdem vor zwei Wochen zwei Vorlagen des Stadtrates „Gestaltung Rheinufer“ und „Punktuelle Videoüberwachung“ auf der Traktandenliste waren, diskutieren wir heute über persönliche Vorstösse. Voraussichtlich werden wir Traktandum 3 nicht mehr behandeln, damit wir die Sitzungsdauer nicht überziehen und genügend Zeit für unsere Gäste bleibt.

Gerne teile ich Ihnen noch mit, dass die Referendumsfrist über die Schulraumplanung 2008 – 2017 am 1. März 2010 unbenützt abgelaufen ist und der Beschluss des Grossen Stadtrates vom 26. Januar 2010 – Planungskredit von Fr. 450'000.-- für den Erweiterungsbau Breite – in Kraft gesetzt ist. "

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Bericht des Stadtrates vom 09.03.2010 betreffend die Rückführung abweichender Löhne in die Lohnbänder
- VdSR Sanierung der Bühl-Sportanlagen und Bau eines Kunstrasenfeldes vom 09.03.2010. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die Fachkommission Bau vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Verkauf Altliegenschaft GB Nr. 27, Altes Forsthaus, Beringen, sowie Ausschreibung und Verkauf der abparzellierten Restparzelle GB Nr. 3768, Beringen vom 09.03.2010. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Verfahrenspostulat von Urs Tanner (SP): Jährliche Wahl der

Kommissionspräsidentinnen/-präsidenten der ständigen Kommissionen vom 09.03.2010. Das Büro schlägt vor, dieses Geschäft im Büro vorzubereiten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.* Das Geschäft erscheint auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.

- Motion Thomas Hauser (FDP): Reglement über die Benützung der Bootsliegendeplätze (RSS 430.1) vom 17.03.2010
- Newsletter Wirtschaftsförderung des Kantons Schaffhausen vom März 2010

Am 17. März 2010 haben Till Hardmeier (JFSH), Walter Hotz (FDP) und Fabian Käslin (JFSH) das Büro in Kenntnis gesetzt, dass sie aus der Fraktionsgemeinschaft FDP/JFSH des Grossen Stadtrates ausgetreten sind, dass sie aber weiterhin als politische Gruppe FDP/JFSH die Mitgliedschaft im Grossen Stadtrat sowie die Mandate in der Geschäftsprüfungskommission GPK und der Verkehrsbetriebe VBSH des Grossen Stadtrates wahrnehmen werden.

PROTOKOLL

Das Protokoll der knapp 5 Stunden dauernden Ratssitzung Nr. 4/5 vom 9. März 2010 wurde vom Büro über das Wochenende geprüft. Es liegt zusammen mit den Korrekturen des Büros bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleitisch zur Einsicht auf.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Traktandum 1 Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption

Till Hardmeier

Begründung

„Meine Motivation für die Interpellation waren persönliche Gedanken zu Vorlagen und Diskussionen in der Fraktion zu Vorlagen, bei denen die Faktenlage, beziehungsweise der Ausgang unklar war. Ein Beispiel war die Verlängerung der teilautonom geleiteten Schulen TAGS, wo nicht klar war, was ein Stopp des Versuchsbetriebs bedeutet hätte. Das wissen wir heute zum Glück etwas besser. Auch bei Baurechtsvergaben oder beim öffentlichen Verkehr stellt sich immer wieder die Frage nach einer Alternative.“

Eine Anreicherung der Vorlagen bringt eine Verbesserung der Situation in mehrfacher Hinsicht:

- Klare Marschrichtung für den Stadtrat bei der Ablehnung seines Antrages
- Gesamthaft weniger Arbeitsaufwand
- Klare Fakten für alle
- Keine einseitige Information, beziehungsweise keine Verkaufspräsentation und
- dadurch bessere Entscheidungen.

Einige Gedanken zu diesen fünf Punkten:

1. Klare Marschrichtung für den Stadtrat: Der Stadtrat muss sich vorgängig

Gedanken machen, was zu tun ist, wenn sein Antrag nicht gestützt wird. Diese Gedanken sind festgehalten und können zu einer schnelleren Umsetzung der notwendigen Schritte benutzt werden.

2. Gesamthaft weniger Arbeitsaufwand: Anstatt dass sich 36 Grossstadträte und 5 Stadträte einzeln oder in den Fraktionen Gedanken machen und teilweise aufwändig recherchieren, was bei einer Ablehnung des Antrags geschehen könnte, macht es der Verantwortliche gleich selbst. Der Zusatzaufwand für den federführenden Stadtrat, beziehungsweise den Vorlagenschreiber ist gering, da sie ja bereits ins Thema eingearbeitet sind. Man muss keine Romane schreiben, ein kurzer Abschnitt genügt.
3. Klare Fakten für alle: Es sind keine Annahmen und Mutmassungen notwendig, wenn die Fakten klar auf dem Tisch liegen. Die Gewichtung der Fakten ist dann Sache der Parlamentarier, und hier gibt es sicher Unterschiede, aber das ist richtig so.
4. Keine einseitige Information, beziehungsweise Verkaufspräsentation: Das Verschweigen von Informationen ist auf dem Niveau von Lebensversicherungsverkäufern, die den Kunden mit vielen wenig relevanten Informationen zudecken und ihn zum Abschluss drängen, ohne Alternativen aufzuzeigen. Der Stadtrat hingegen soll offen und nicht selektiv informieren.
5. Dadurch bessere Entscheidungen: Je besser die Informationslage, desto besser der Entscheid. Da wir im Auftrag des Volkes entscheiden müssen, ist der bestmögliche Entscheid erwünscht.

Deshalb bin ich der Meinung, dass die Ablehnungsoption eines Antrages gut ausgeleuchtet werden muss - natürlich nur bei Vorlagen, deren Ablehnung relevante Auswirkungen hätte und nicht etwa bei Vorlagen wie - beispielsweise - derjenigen des Parkleitsystems, wo einfach der Status quo weitergeführt wird. "

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Am 2. Juni 2009 hat Till Hardmeier (JFSH) eine Interpellation betreffend Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption eingereicht und diese heute begründet. Der Interpellant bemängelt, dass bei verschiedenen Vorlagen an den Grossen Stadtrat jeweils nicht klar ist, was eine Ablehnung eines Antrags oder der ganzen Vorlage für Konsequenzen hat. Die Vorlagen sind seiner Ansicht nach oftmals Verkaufspräsentationen für eine bestimmte Lösung, die den Ratsmitgliedern aber keine umfassende Meinungsbildung in Kenntnis aller Konsequenzen ermöglichen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir keine Lebensversicherungsverkäufer sind, deshalb haben wir ja auch einen anderen Job gewählt.

Der Stadtrat nimmt gerne wie folgt Stellung zu den in der Interpellation konkret gestellten Fragen:

Frage 1: Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass damit eine bessere Meinungsbildung möglich ist?

Der Stadtrat begrüsst selbstverständlich alle Massnahmen, die eine bessere und umfassendere Meinungsbildung ermöglichen. Die Vorlagen des Stadtrates leuchten denn auch regelmässig alle Gründe aus, die zur Erarbeitung einer Vorlage geführt

haben, um den Mitgliedern des Grossen Stadtrates eine gewissenhafte Meinungsbildung zu ermöglichen. In den meisten Fällen sind es äussere Umstände, die ein zusätzliches Engagement der städtischen Organe aus Sicht des Stadtrates sinnvoll erscheinen lassen oder private Partner mit zusätzlichen Mitteln oder Infrastrukturen bedienen. Es ist keineswegs so, dass wir im Stadthaus darauf warten, dass jemand uns eine neue Aufgabe stellt. Meistens sind es Vorstösse im Parlament oder vergleichbare Aktivitäten in anderen Städten, die dazu führen, dass wir uns darüber Gedanken machen, ob unsere Verwaltungstätigkeit allenfalls angepasst werden soll.

Dies gilt auch für die Vorlagen, die der Interpellant in seiner schriftlichen Interpellationsbegründung nennt, also die Vorlage zur Ersatzbeschaffung eines Gelenkautobusses, der Verlängerung, beziehungsweise Sicherung der teilautonom geleiteten Schulen TAGS und die mit der Einführung des Tarifverbundes nötige Beschaffung von neuen Billetautomaten.

Als Verfasser der Vorlagen ist der Stadtrat aber klar der Meinung, dass es nach der Verabschiedung seiner Geschäfte zuhanden des Parlamentes die *Kernaufgabe* der vorberatenden parlamentarischen Kommissionen ist, die Vor- und Nachteile einer Stadtratsvorlage auszuloten sowie diese gegeneinander abzuwägen.

Der Stadtrat nimmt normalerweise mit dem zuständigen Mitglied und den involvierten Bereichsleitenden an den Kommissionsberatungen teil und wird dabei naturgemäss auch über die Folgen bei einer Annahme oder Ablehnung referieren. Gemäss Art. 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates sind die Kommissionen damit beauftragt, die in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte vorzubereiten, dem Grossen Stadtrat mündlich oder schriftlich Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, die - wie durchaus und schon oft angewendet - abweichend von den Anträgen des Stadtrates sein können.

Eine konsequente Ergänzung der Vorlagen mit den hypothetischen Auswirkungen bei einer Ablehnung im Rat würde nach Ansicht des Stadtrates eine unvoreingenommene Diskussion innerhalb der parlamentarischen Kommissionen aber eher erschweren. Es bestünde die Gefahr, dass vor allem eine Diskussion über die vom Stadtrat bereits vorweg genommenen Vor- und Nachteile einer Vorlage stattfände und gerade die subjektive Schilderung der Folgen einer Nichtannahme als Bedrohung einer fairen Meinungsbildung aufgefasst werden könnte.

Weiter ist zu bedenken, dass erst nach der genauen Analyse der Ablehnungsgründe einer Vorlage im Rat die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden können. Das Gleiche gilt analog auch für die Vorlagen des Stadtrates und des Grossen Stadtrates an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wo klar formulierte negative Konsequenzen als Beeinflussung oder Drohgebärde - je nach Formulierung - empfunden werden könnten. Der Stadtrat traut sowohl den Mitgliedern des Parlamentes als auch dem Stimmvolk eine unabhängige eigene Meinungsbildung zu, und hält es deshalb nicht für richtig, mit einer systematischen Schilderung von Negativszenarien auf die Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen.

Frage 2: Ist der Stadtrat bereit, zukünftige Vorlagen um diesen Aspekt zu ergänzen?

Trotz den genannten Bedenken betreffend unerwünschte Einflussnahme signalisiert der Stadtrat in dieser Angelegenheit ein gewisses *sachliches* Entgegenkommen. Im Besonderen bei mutmasslich umstrittenen oder finanziell aufwändigen Vorlagen

könnte eine bewusstere Ergänzung mit den zu erwartenden, aus Sicht des Stadtrates eintretenden zentralen Folgen einer Ablehnung sinnvoll sein.

Die Darstellung dieser Folgen soll insbesondere der Meinungsbildung dienlich sein - und nur dieser - und auch als Traktandenliste für die nötigen Diskussionen über die allfälligen Folgen einer Ablehnung oder Zurückweisung in der vorberatenden Kommission genutzt werden können. Der Stadtrat wird im Sinn einer internen Richtlinie und nach Rücksprache mit unseren Bereichsleitenden auch Zusatzinformationen über die Folgen einer Ablehnung in zukünftige Vorlagen aufnehmen, aber ohne diese in Form einer Beeinflussung des Wortlauts in die Vorlage einfließen zu lassen. "

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass keine Wortmeldungen erfolgen und somit keine Diskussion im Rat gewünscht wird.

Till Hardmeier (JFSH)

Schlusswort

"Besten Dank an Stadtpräsident Thomas Feurer für seine Ausführungen. Es freut mich, dass mein Anliegen auf ein offenes Ohr gestossen ist und sich der Stadtrat bemüht, Fakten auf den Tisch zu legen. Es geht keineswegs darum, den Stimmbürger zu manipulieren oder vorgefertigte Meinungen zu präsentieren. Fakten sollen gezeigt werden, damit man sich eine eigene Meinung bilden kann. Mit der Erfüllung meines Anliegens fließen die geforderten Informationen bereits in die Vorlage ein und verhindern grosse Diskussionen in der Kommission oder im Rat. "

Traktandum 2

Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien zwischen kulturellen Institutionen

Walter Hotz (FDP)

Begründung

"Dem Kulturschaffen kommt in unserer Gesellschaft und insbesondere in unserer Stadt seit jeher unbestritten hohe Bedeutung zu. Auch in diesem Rat wurden immer wieder Kulturvorstösse eingereicht. Zugegebenermassen verstehen wir - nebst den politischen Vorstössen - auch nicht immer die Funktion von Kulturschaffenden in unserer Gesellschaft. Doch wir müssen auch zugeben, dass Wirtschaft und Kultur keine Gegensätze sind. Beide sind Aktivitäten des Menschen, die eine Wertschöpfung hervorbringen. Kulturschaffen ist ein Wirtschaftsfaktor, denn Kultur schafft Arbeitsplätze. Wir alle, Politisierende von links bis rechts, wollen den Wirtschaftsstandort der Stadt Schaffhausen stärken, und ich bin überzeugt, für einen hervorragenden städtischen und kantonalen Wirtschaftsstandort ist ein attraktives kulturelles Umfeld von grosser Bedeutung. Jedoch muss alles bezahlbar sein. Viele Firmen, Banken und Industriebetriebe und nicht zuletzt die öffentliche Hand - sprich mit Steuergeldern - schütten denn auch jährlich Beiträge aus und unterstützen das kulturelle Schaffen in unserer Stadt. Alle diese Leistungen erwachsen nicht allein dem Wunsch wertorientierter Freizeitgestaltung, sondern der Erkenntnis, dass es ebenso innovative wirtschaftliche Aktivitäten und kreative Impulse aller Involvierten bedarf.

Museen jeglicher Kulturrichtung sowie auch Museen, die durch Stiftungen und mit der Unterstützung der öffentlichen Hand finanziert werden, stehen im Dienst der Öffentlichkeit und ihrer weiteren Entwicklung. Der grösste Teil der verfügbaren personellen und materiellen Ressourcen wird vorwiegend für das Sammeln und

Konservieren, das Präsentieren und den Schutz der Objekte aufgewendet. Zweitrangig oder ganz zuletzt kommen die Kommunikation mit den Besuchern und die Zusammenarbeit mit Institutionen. Ich denke hier auch an den Kontakt mit Museen im nahen Ausland. Wie können wir eine besucherorientierte Museumsarbeit durch personelle, räumliche und strukturelle Voraussetzungen unterstützen? Was müssen wir Politiker unternehmen, dass zum Beispiel die Schaffhauserinnen und Schaffhauser sich genau gleich für die Hallen für Neue Kunst wie für das Museum zu Allerheiligen einsetzen?

Gerade der neue Stadtrat bemüht sich um die Intensivierung der Kommunikation mit der Bevölkerung und nicht zuletzt auch mit uns Ratsmitgliedern. Kommunikation bedeutet Verständigung untereinander. Mit meinem Postulat will ich erreichen, dass der Stadtrat prüft und uns Bericht erstattet, wie die Museen durch eine Verbesserung der Rezeptionsbedingungen und Nutzung von Synergien zwischen den verschiedenen Institutionen die Teilnahme am kulturellen Geschehen erweitern können.

Wir brauchen nebst neuen Museumskonzepten auch neue Museumsstrukturen. Es darf doch nicht sein, dass die Stadt jährlich einen Betrag von Fr. 60'000.-- und der Kanton von Fr. 400'000.-- (von der erlassenen jährlichen Miete, die mit Fr. 320'000.-- beziffert wird, wollen wir gar nicht sprechen) Unterstützung leisten und die Hallen für Neue Kunst nur am Samstag von 15 bis 17 Uhr, also für 2 Stunden, und am Sonntag von 11 bis 17 Uhr, das heisst während 6 Stunden, geöffnet ist. An den restlichen Tagen können nur angemeldete Gruppen und Besucher die Hallen für Neue Kunst besuchen. Ein so renommiertes Museum, für das die öffentliche Hand so viele finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, muss doch mindestens Öffnungszeiten wie im Museum zu Allerheiligen gewährleisten.

Mit der Überweisung meines Postulats geben Sie dem Stadtrat die Möglichkeit, neue moderne Strukturen und Konzepte im kulturellen Bereich zu erarbeiten. Mittels Stelleninserat sucht der Stadtrat bekanntlich einen neuen Museumsdirektor. Erlauben Sie mir dazu einen Wunsch oder besser eine Empfehlung, ohne dass dabei wieder von linker Seite der Aufschrei kommt, ich wolle den sechsten Stadtrat spielen: Suchen Sie eine Direktorin oder einen Direktor, die oder der mit unseren regionalen Verhältnissen vertraut ist. Es wird sich für die Zukunft lohnen.

Unterstützen Sie meinen Vorstoss und tragen Sie dazu bei, kulturelle Synergien zu vereinen. Ob die kulturellen Synergien erreicht werden, hängt davon ab, in welchem Ausmass Vision, Mission, Werte, Strategien und Abläufe übereinstimmen. Zu starke Abweichungen auf kulturellem Gebiet sind der Grund für zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Besser ist die Entwicklung einer gemeinsamen Unternehmenskultur, beziehungsweise die sorgfältige realistische Planung und Umsetzung der Integration. Für mich bedeutet Synergie das Zusammenwirken von mindestens zwei Institutionen, um auf diese Weise einen Nutzen für beide Organisationen zu erzielen. Aber hören wir nun, was unser Stadtpräsident zu meinem Postulat meint. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

”Ich danke Walter Hotz für die Begründung seines Postulats. Ich kann ihm und Ihnen allen versichern, dass ich es sehr begrüssen würde, wenn beide Institutionen die gleichen Öffnungszeiten hätten - nur tangiert dies etwas, das Sie interessieren muss - nämlich die Ausgaben. Ich werde Ihnen im Anschluss darlegen, wie die Situation -

leider - aussieht, so dass wir vorläufig auf diese Vision verzichten müssen.

Erlauben Sie mir eine weitere Bemerkung zu Ihren Aussagen betreffend Personalauswahl der neuen Museumsdirektorin oder des neuen Museumsdirektors. Es ist nicht so, dass wir absichtlich niemanden aus Schaffhausen möchten. Wir wollen jemanden, der diese sehr anspruchsvolle Aufgabe auf Augenhöhe mit den anderen Institutionen in der Schweiz erfüllen kann. Wenn uns Roger Fayet nach sieben Jahren verlässt, hat dies einerseits damit zu tun, dass er von seinem neuen Arbeitgeber gesucht wurde. Auf der anderen Seite hat er trotz den auch für mich viel zu kurzen sieben Jahren dem Schaffhauser Kulturleben, insbesondere dem Museum, ausserordentlich wertvolle Impulse gegeben. Für mich steht deshalb nicht nur im Vordergrund, dass jemand aus der Region stammt und vielleicht bis an sein Lebensende auf dem gleichen Posten bleibt. Es gibt durchaus andere wichtige Kriterien, die wir bei unserer Wahl berücksichtigen werden.

Im Postulat vom 11. August 2009 bittet Walter Hotz den Stadtrat, die Nutzung von Synergien zwischen den Hallen für Neue Kunst und dem Museum zu Allerheiligen – namentlich hinsichtlich Öffnungszeiten, gemeinsamen Einlasskontrollen und abgestimmten Werbeaktivitäten – zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Es fällt mir auf, dass Ihr Postulat - auch die Interpellation von Traktandum 1 und meistens auch die Sammlung der hängigen Motionen und Postulate - eine beträchtliche Halbwertszeit aufweist. Die Begründungen - auch diejenige Ihres Postulats - müssen deshalb immer auch auf ihre momentane Aktualität überprüft werden.

Ausgangslage

Mit den Hallen für Neue Kunst und dem Museum zu Allerheiligen befinden sich gleich zwei Museen an der Baumgartenstrasse, die zwar ganz unterschiedliche inhaltliche Konzepte repräsentieren, aber in ihrem Bestreben, bedeutsame Kulturgüter zu erhalten und einem breiten Publikum auf verständliche Weise näher zu bringen, die gleichen Grundanliegen verfolgen. In nächster Nähe befinden sich auch die Kammgarn und das IWC-Museum, eine kulturelle Konzentration auf engem Raum, welche für den Tourismus in Schaffhausen ein grosser Vorteil und für uns eine grosse Freude ist.

Die Hallen für Neue Kunst, gegründet 1984 von Urs und Christel Raussmüller unter dem damaligen Stadtpräsidenten Felix Schwank, widmen sich vornehmlich der so genannten Minimal Art und der Arte Povera. Sie beherbergen Arbeiten von international bekannten Künstlern wie Carl André, Joseph Beuys, Sol Lewitt, Richard Long, Mario Merz oder Robert Ryman. André, Lewitt und Ryman gehören zum Personenkreis aus der "Neuen Welt", aus der "Alten Welt" stammen Beuys, Long und Merz.

Ausgestellt werden die zum grössten Teil installierten Werke, zu denen auch die grosse Raumsulptur „Das Kapital Raum 1970–1977“ gehört - zurzeit in den Schlagzeilen - in Räumlichkeiten der ehemaligen Kammgarnspinnerei, die von der Stadt Schaffhausen unter Stadtpräsident Hess zur Verfügung gestellt wurden. Die ausgestellten Kunstwerke befinden sich nicht im Eigentum oder Besitz der Stadt Schaffhausen, sondern werden den Hallen vor allem vom gemeinnützigen Verein Raussmüller Collection und von den Leihgebern zur Verfügung gestellt. Die Stadt Schaffhausen entrichtet an den Betrieb des Museums einen jährlichen Beitrag von Fr. 60'000.--.

Das städtische Museum zu Allerheiligen, eröffnet zwischen 1928 und 1938, ist ein

Mehrspartenhaus, das Archäologie, Geschichte, Kunst und Naturkunde unter einem Dach vereinigt. Seine Sammlungen befinden sich im Eigentum der Stadt Schaffhausen oder werden von Vereinen (zum Beispiel Kunstverein, Kunstfreunde, Naturforschende Gesellschaft) und Stiftungen (wie beispielsweise die Sturzenegger Stiftung, Peyersche Tobias Stimmer-Stiftung) als Dauerleihgaben zur Verfügung gestellt. Die Ausstellungsräume befinden sich im Museumsbau aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der auch die Anlage des ehemaligen Benediktinerklosters mit einbezieht. Mit der Integration der archäologischen Sammlung Ebnöther und dem zentralen Schaulager haben sie 1997 eine Erweiterung im Kammgarnegebäude erfahren.

Kooperationen zwischen dem Museum zu Allerheiligen und den Hallen für neue Kunst:

Die Hallen für Neue Kunst und das Museum zu Allerheiligen pflegen seit langem eine gute und freundschaftliche Zusammenarbeit – sowohl im Hinblick auf die eingangs erwähnten Hauptziele der Museumsarbeit, als auch hinsichtlich konkreter organisatorischer Fragen. So stehen die Gründer der Hallen für Neue Kunst und die Direktion des Museums zu Allerheiligen in einem zwar informellen, aber kontinuierlichen Dialog, der es ermöglicht, in den Bereichen der Infrastruktur, der Administration und Organisation rasche und pragmatische Lösungen zu finden.

Im Rahmen dieser Gespräche wurden auch zwei Projekte entwickelt, die der besseren Nutzung von Synergien dienen und die – im Zeitpunkt der Einreichung zusätzlich motiviert durch das Postulat Walter Hotz – mit Priorität verfolgt werden sollen:

1. Kombi-Eintrittskarte: Eine gemeinsame Eintrittskarte soll Anreiz schaffen, nebst dem Museum, in welchem die Karte bezahlt wurde, auch das Nachbarmuseum zu besuchen. Auf diese Weise kann den Besucherinnen und Besuchern des einen Museums das Angebot des anderen Hauses in Erinnerung gerufen und die Vielfalt des „Schaffhauser Museumsquartiers“ hervorgehoben werden. Da am Sonntag beide Museen von 11 bis 17 Uhr geöffnet haben, eignet sich dieser Wochentag besonders für die Einführung des Kombi-Eintritts. Eine Ermässigung gegenüber den Einzelpreisen, der den Kauf des Kombi-Eintritts finanziell attraktiv gestaltet, sollte durch die Steigerung der Anzahl Eintritte kompensiert werden.

2. Gemeinsame Veranstaltungen mit abgestimmten Werbeaktivitäten: Die Veranstaltungsangebote der Hallen für Neue Kunst (die Hallen für Neue Kunst ist sehr aktiv neben den beschränkten Öffnungszeiten) und des Museums zu Allerheiligen haben in der bisherigen Form zwar ihr je eigenes unverwechselbares Profil und ergänzen sich sinnvoll, doch fehlte es bis anhin an gemeinsamen Veranstaltungen. Mit Führungen, Workshops und Matineen, an denen ausgewählte Themen museumsübergreifend behandelt werden, kann das Stammpublikum des einen Museums für den anderen Ausstellungsort interessiert und das Potential der Kunstvermittler besser ausgeschöpft werden, und zwar von den dort arbeitenden Mitarbeitern, die aufgrund ihrer Ausbildung sehr motiviert sind, ihre Erkenntnisse an Interessierte - sogar im Kindesalter - weiterzugeben. Dies betrifft vor allem die Hallen für Neue Kunst, wo Kinder ab Kindergartenalter an den Wochenenden mit grosser Begeisterung das Museum besuchen. Die Werbeaktivitäten für diese Veranstaltungen sollen in gegenseitiger Abstimmung erfolgen, so dass Doppelspurigkeiten bei der Inserierung vermieden werden können und für beide Museen ein höherer Grad an Werbewirksamkeit erreicht werden kann.

Geprüft wurde – wie ebenfalls im Postulat angeregt – auch eine Zusammenlegung des betrieblichen Personals. Es zeigte sich jedoch, dass diese Massnahme leider nicht zu einer Kostenersparnis, beziehungsweise nicht zu einer Verbesserung des Angebots bei gleich bleibenden Kosten führen würde. Beide Museen setzen zur Betreuung der Besucher und zur Beaufsichtigung der Ausstellungsräume schon heute einen Minimalbestand an Aufsichten ein. Das erscheint vielleicht nicht sehr einleuchtend. Ich kann mir gut vorstellen, dass Sie vielleicht das Gefühl haben, es sei genügend Personal vorhanden. Aber das Problem liegt hauptsächlich an den strengen versicherungstechnischen Vorgaben, die uns nicht erlauben, das Personal wie in einem Warenhaus auf der einen Seite “auszudünnen” und auf der anderen Seite wieder einzusetzen.

Dieser Bestand von Angestellten müsste auch bei einer Zusammenlegung aufrechterhalten werden, um eine Mindestsicherheit der Werke zu gewährleisten. Eine Ausdehnung der Öffnungszeiten bei den Hallen für Neue Kunst im Sinne einer Angleichung könnte folglich nur mit einem erheblichen finanziellen Mehraufwand geleistet werden, zumal neben den Personalausgaben auch eine Steigerung der Versicherungskosten berücksichtigt werden müsste, die bei einer Ausdehnung der Öffnungszeiten höher ausfallen.

Auch eine gemeinsame Einlasskontrolle könnte nur mit zusätzlichen Aufwendungen sowohl im Investitionsbereich (bauliche Massnahmen) als auch in der Laufenden Rechnung (Personalkosten) realisiert werden: Ein Durchbruch zwischen den Räumlichkeiten des Museums zu Allerheiligen in der Kammgarn und den Hallen für Neue Kunst wäre zwar technisch machbar, würde aber aufgrund der unter diesen Umständen schwierigen räumlichen Anbindung der Hallen für Neue Kunst (Zugang nur via Treppenhaus Museum zu Allerheiligen – Kunstsammlung – Brücke – Sammlung Ebnöther – Treppenhaus Hallen für Neue Kunst) einen direkten Zugang über die Baumgartenstrasse in die Hallen für Neue Kunst nur schwerlich ersetzen. Die Personalausgaben für die Einlasskontrolle Baumgartenstrasse würden daher nicht vollständig entfallen, neu hinzu kämen neben den einmaligen Kosten für die bauliche Erschliessung auch die zusätzlichen Aufwendungen für höhere Versicherungskosten - ein Thema, das die Hallen besonders belastet, weil die Preissteigerungen derart enorm sind, dass die Stiftung fast nicht schnell genug die entsprechenden Erhöhungen bei den Versicherungsprämien leisten kann.

Eine an sich wünschenswerte Erweiterung der Öffnungszeiten bei den Hallen für Neue Kunst wäre also nur mit einer höheren finanziellen Beteiligung der Stadt Schaffhausen zu realisieren, auch wenn dadurch zusätzliche Synergien genutzt werden könnten. Der Stadtrat schlägt daher vor, sich auf die oben vorgeschlagenen Massnahmen – Kombi-Eintritt am Sonntag und Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen mit abgestimmten Werbemassnahmen – zu konzentrieren. Sie ermöglichen bei Kostenneutralität eine Erschliessung neuer Besuchersegmente für beide Museen, höhere Kundenfreundlichkeit und einen gezielten Einsatz von Werbemitteln für gemeinsame Veranstaltungen.

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat in diesem Sinne entgegenzunehmen und beantragt Ihnen, es unter Berücksichtigung der vorgesehenen Massnahmen (Kombi-Eintrittskarte für Museum zu Allerheiligen und Hallen für Neue Kunst sowie gemeinsame Veranstaltungen mit abgestimmten Werbeaktivitäten) als erledigt abzuschreiben. “

Peter Möller (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

"Erfreut habe ich letzten Sommer das zur Diskussion stehende Postulat zur Kenntnis genommen und mir gedacht, endlich einmal einem Vorstoss von Walter Hotz zustimmen zu können. Verunsichert hat mich aber bereits die kurze schriftliche Begründung. Warum soll die Synergiesuche nur auf das Museum und die Hallen für Neue Kunst beschränkt werden? Weitere Synergien wären denk- und auch prüfbar, so beispielsweise beim Stadttheater und beim Schaffhausen Tourismus im Bereich Billetverkauf, auch wenn es sich beim Tourismus zugegebenermassen nicht um eine kulturelle Institution der Stadt handelt.

Auch in der heutigen mündlichen Begründung erfolgte eine Beschränkung auf die beiden Museen an der Baumgartenstrasse. Ich betrachte die Einschränkung als nicht sinnvoll. Ich werde mich bei meiner Abstimmungsentscheid an den Wortlaut des Postulats halten, und dem ist keine Beschränkung auf die beiden Museen zu entnehmen. Ich bin deshalb mit der sofortigen Abschreibung nicht einverstanden, da ich den Auftrag in einem weiter gefassten Rahmen sehe.

Was die Haltung der SP/AL-Fraktion angeht, muss ich Ihnen mitteilen, dass diese nicht einheitlich ist. Nur ein Teil der Fraktion wird dem Postulat in dem von mir geschilderten weiter gefassten Sinne zustimmen. "

Walter Hotz (FDP)**Schlusswort**

"Der Frühling hat bekanntlich vor 2 Tagen begonnen - wir sind heute Abend aber etwas schläfrig geworden. Ich danke Peter Möller dafür, dass er Stellung bezogen hat. Wenn eine Institution mit so viel Geld unterstützt wird, sollte für die Besucher die Möglichkeit bestehen, die Ausstellungsgüter zu besuchen.

Mein Dank geht aber auch an Stadtpräsident Thomas Feurer für seine Stellungnahme. Ich kann gut damit leben, dass das Kombi-Ticket eines Tages kommen wird und bin wahrscheinlich mit meinem Postulat etwas zu früh. Leider habe ich etwas zu wenig darauf hingewiesen, dass auch andere Museen mit einbezogen werden könnten; ich habe nur erwähnt, dass auch Kontakte zu Museen im nahen Ausland gesucht werden müssten, beispielsweise in der Region Hegau.

Ich hoffe auf Ihre Unterstützung und werde das Postulat sicher nicht in eine Interpellation umwandeln. "

SR Thomas Feurer**Votum**

"Es lohnt sich nicht mehr, ein Postulat für den Verkauf von Theatertickets an der Tourismus Kasse einzureichen. Es ist bereits in die Wege geleitet. Im Sinne einer schlanken Ratsführung habe ich das Gefühl, dass mein Versprechen entgegen genommen werden kann und dass auch umgesetzt wird, was ich versprochen habe. Damit könnte der Vorstoss abgeschrieben werden. "

Simon Stocker (AL)**Votum**

"Es hat in diesem Rat schon viele Vorstösse zu kulturellen Themen gegeben, ich selbst habe auch schon zwei eingereicht. Meine Erfahrung - und der Kommentar von Peter Möller unterstützt mich dabei - hat aber gezeigt, dass dann oftmals nichts passiert ist. Ich erinnere Sie an das Kulturleitbild der Stadt Schaffhausen/Kulturraum Schaffhausen, wo die Ticketeria mit dem Stadttheater ebenfalls erwähnt wird. Wir

haben heute die Ankündigung gehört, dass dies jetzt in Angriff genommen wird. Ich warte gerne auf den Bericht des Stadtrates und auf das Kombi-Ticket, erst dann sollten wir das Postulat abschreiben. Solange kein Bericht vorliegt - innerhalb der zweijährigen Frist von Postulaten können wir diesen erwarten - werde ich dem Postulat zustimmen und bin gespannt, was schlussendlich wirklich umgesetzt wird. "

Schlusswort von Walter Hotz (FDP):

Der Postulant verzichtet darauf und schliesst sich dem Votum von Simon Stocker (AL) als Schlusswort an.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat wird mit 32 : 0 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Die **Ratspräsidentin** schlägt in Anbetracht der frühen Abendstunde (19 Uhr) vor, die Behandlung von Traktandum 4 vorzuziehen, da Traktandum 3 zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde und der Motionär, Till Hardmeier (JFSH), die Diskussion seines Vorstosses nicht auf zwei Ratssitzungen verteilen und heute Abend nur seine Begründung verlesen möchte.

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

"Wir haben vorbesprochen, dass - wenn wir nicht vor 19.30 Uhr zu diesem Traktandum kommen - meine Motion nicht verhandelt wird. Jetzt ist erst 19 Uhr, ich beantrage gemäss Traktandenliste vorzugehen. "

Die **Ratspräsidentin** klärt auf, dass die Stellungnahme vom Finanzreferat nicht bereit ist. **SR Peter Neukomm** weist darauf hin, dass dieses Vorgehen in Abstimmung mit dem Ratssekretariat/Büro vereinbart wurde, und er deshalb seine Stellungnahme nicht zur Hand habe.

Traktandum 3 Postulat von Urs Tanner (SP): Trolleybus unterwegs mit 100% erneuerbarer Energie - ohne Atomstrom

Urs Tanner (SP)

Begründung

"Die Zustimmung der Linken zum Postulat von Walter Hotz hat gezeigt, dass der Rat durchaus fähig ist, ideologische Spagate zu machen, und ich bitte Sie, diese Offenheit auch beim Thema Atomstrom zu zeigen.

Das Postulat "Trolleybus unterwegs mit 100% erneuerbarer Energie - ohne Atomstrom" wurde im November 2009 eingereicht. Sie wissen es, ich weiss es, dieses Postulat ist eine Ersatzhandlung, nämlich ein symbolischer Beitrag Richtung Strom ohne Atom. Viel lieber würde die Stadt Schaffhausen und der Kanton über die Frage des Endlagers Südranden abstimmen können. Das geht aber leider nicht - nicht mehr.

Kernenergiegesetz:

Für atomrechtliche Bewilligungen bedurfte es bis zum Inkrafttreten des

Kernenergiegesetzes (KEG) vom 1. Februar 2005 der kantonalen und kommunalen Zustimmung. Nach KEG ist künftig nur noch eine vom Bund erteilte Bewilligung für Kernanlagen notwendig; dies vor allem deswegen, weil das Parlament die Entsorgung als nationale Aufgabe betrachtet und die Lösung des Problems dementsprechend nicht durch kantonale oder kommunale Abstimmungen verhindert werden sollte - und dies wäre im Fall von Schaffhausen sicherlich der Fall. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an das geologische Standortgebiet Wellenberg. Weil die Rahmenbewilligung einer Kernanlage (beispielsweise geologisches Tiefenlager) dem fakultativen Referendum untersteht, ist die direkt demokratische Mitbestimmung auf Bundesebene aber immerhin noch gewährleistet.

Nuklearsicherheitsinspektorat:

Sie alle wissen, dass es in den Medien und bei uns für grosses Aufsehen gesorgt hat: Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat hat Ende Februar 2010 das Gebiet Südranden - leider - als sehr geeignet für ein mögliches Endlager für schwach- und mittelaktive Atomabfälle eingestuft. Das heisst, dass es sehr, sehr schlecht um unsere Chancen steht. Wenn der FDP-Gemeindepräsident von Neuhausen sagt: *"Wir wollen kein Endlager im Südranden und übrigens auch nicht in Benken"* hat er absolut Recht. Nur muss wer A sagt, eben auch B sagen, und das ist der Einstieg in den Ausstieg.

In der Begründung meiner Motion "Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie" habe ich mit der Zahl Kernenergie 41% argumentiert. Das war im Jahr 2007. Heute sind wir auf 48% Anteil Atomenergie. Es liegt also ein langer Weg vor uns. Mit der Zunahme des Stromverbrauchs, steigt logischerweise auch der Strommix-Anteil der Axpo, was sich nicht unbedingt positiv auf diesen auswirkt.

In der Diskussion um die Traktionsart des Trolleybusses zitierte ich Folgendes (ich war damals Präsident der SPK): *„Laut Herbert Bolli, Direktor der Städtischen Werke: Die VBSh beziehen von den StWSN den Standardstrommix. Das heisst ohne spezielle Massnahmen der VBSh fahren die Trolleybusse in Schaffhausen (Basis 2007) mit rund 53% erneuerbarer Energie, was im schweizerischen Durchschnitt einen sehr guten Wert darstellt. Rund 47% des Stroms stammen aus Kernkraftwerken (CH, F). Es wäre jedoch gemäss Herbert Bolli sehr einfach und mit verhältnismässig geringen Mehrkosten (rund Fr. 11'300 Fr. p.a.) möglich, mit entsprechenden Zertifikaten den Strombezug für die Trolleybusse zu 100% aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten.“*

Diesen Input nahmen wir damals zum Anlass, den Vorstoss einzureichen und heute das Anliegen einzufordern. Ziel soll sein, dass der Trolleybus möglichst bald mit 100% erneuerbarer Energie ohne Atomstrom unterwegs ist. Diese Massnahme würde mit wenig Geld werbe- und umweltwirksam sein; ausserdem würde der dringend notwendige ökologische Umbau vorangetrieben. Diese Massnahme ist nicht einmalig in der Umweltpolitik der Stadt Schaffhausen. Die Motion Tanner "Finanzielle Beteiligung am Winterdach über dem KSS-Freibad" aus dem Jahre 2002 wurde vom Rat angenommen, ebenso der Vorschlag von Andres Bächtold, für die Beheizung Ökostrom zu verwenden.

Der Ballon über der KSS ist ein Erfolg, machen wir die Erfolgsgeschichte Trolleybus doch noch erfolgreicher, indem wir sie noch ökologischer gestalten, nämlich atomstromfrei. Diese Fr. 11'300.-- jährlich wären wahrlich gut investiertes Geld. Danke für die Zustimmung unseres Postulats. "

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

„Urs Tanner fordert in seinem Postulat vom 10. November 2009, die Trolleybusse der Verkehrsbetriebe sollten baldmöglichst mit 100% erneuerbarer Energie und ohne Atomstrom unterwegs sein. Er stellt fest, die VBSH würden heute von den Städtischen Werken den Standardstrommix beziehen. Somit seien die VBSH-Trolleybusse heute mit rund 53% erneuerbarer Energie unterwegs, was im schweizerischen Durchschnitt einen sehr guten Durchschnitt darstellt. Heute sollen aber bereits 48% des Stromes aus Kernkraftwerken sein. Es sei gemäss Direktor Herbert Bolli von den Städtischen Werken aber mit relativ geringen Mehrkosten von Fr. 11'300.-- pro Jahr möglich, mit entsprechenden Zertifikaten den Strombezug für die Trolleybusse zu 100% aus erneuerbarer Energie zu gewährleisten.“

Diese Aussage in der schriftlichen Begründung stimmt so nicht ganz, denn der Bezug von Clean solution wäre doch um einiges teurer wie Urs Tanner erwähnt.

Ein Schritt in die richtige Richtung:

Dennoch: Die Verwendung von Clean solution für die Trolleybusse wäre auch nach Ansicht des Stadtrates ein Schritt in die richtige Richtung, in eine Richtung, wie sie von diesem Parlament schon mehrmals vorgegeben wurde. Schaffhausen ist mit dem Label „Energistadt“ eine anspruchsvolle Verpflichtung eingegangen. Inzwischen hat die Stadt auch den Energie Award in Gold erhalten. Solche Auszeichnungen verpflichten aber auch. Dabei geht es vor allem um den effizienten Einsatz unserer Energieressourcen. In diesem Sinne haben Sie beispielsweise bereits vor Jahren entschieden, für die öffentliche Beleuchtung so genannte Clean solution der Städtischen Werke zu beziehen. Was genau Clean solution ist, werde ich nachher erläutern.

Sie haben in diesem Rat auch vor etwas mehr als einem halben Jahr mit 21 : 11 Stimmen eine Motion für erheblich erklärt, welche den Stadtrat beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zum Ausstieg aus der Atomenergie bis 2050 vorzulegen. Urs Tanner möchte, dass es beim Trolleybus schneller geht. Des Weiteren erinnere ich Sie an den vom Stadtrat sehr gerne entgegen genommenen Auftrag, uns den Zielen der 2000 Watt-Gesellschaft zu verpflichten.

Was ist nun Clean solution?

Clean solution Ökostrom besteht zu 100% aus erneuerbaren Energien. Dahinter stecken 97.5% Wasserstrom und mindestens 2.5% neue erneuerbare Energien, nämlich Solarstrom, Strom aus Biomasse, Windkraft und so weiter. Dieses Produkt ist so genannt „naturmade“ zertifiziert und repräsentiert den ökologischen Mehrwert, das heisst die Preisdifferenz zwischen Strom aus erneuerbaren Quellen gegenüber Strom aus nicht erneuerbaren Quellen.

Angebot des Stadtrates:

Sie haben in letzter Zeit in diesem Rat mehrmals über die Kosten im öffentlichen Verkehr gesprochen. Im Postulat von Till Hardmeier wurde von der VBSH mehr Effizienz gefordert, wobei er weniger die Art und Weise, wie unsere VBSH arbeiten, meinte, sondern den Leistungsumfang; vor allem wünschte er eine Reduktion der Kosten. Sollen wir nun die Rechnung der VBSH mit Vorgaben wie Verwendung von Ökostrom für die Trolleybusse zusätzlich belasten und neue Diskussionen heraufbeschwören? Und bei allem Verständnis für das Anliegen, sollten wir nicht eher bei anderen Verkehrsträgern zuerst ansetzen, als gerade das heutzutage umweltfreundlichste Bussystem noch mehr zu belasten?

Nun, der Stadtrat ist trotzdem offen für das Anliegen und kann Ihnen folgende Lösung unterbreiten. Die Direktoren von VBSH- und der StWSN haben miteinander verhandelt und folgenden Vorschlag für ein Gegengeschäft unterbreitet:

- Die Städtischen Werke liefern Clean solution im Umfang des Strombezugs aus dem Netz StWSN.
- Die VBSH stellen im Gegenzug den ersten neuen Gelenktrolleybus zur Verfügung, damit die Städtischen Werke mit dem öffentlichen Verkehr für Clean solution werben können. Das Entgelt für die Werbefläche entspricht dem Wert des gelieferten Ökostroms. Wir rechnen damit, dass dies im Juni 2011 der Fall ist. Dann soll nämlich der erste neue Trolleybus den Betrieb aufnehmen, da wir mit einer ungefähren Lieferfrist von einem Jahr rechnen und der Beschaffungsvertrag bis gegen Ende April, anfangs Mai unterschrieben werden kann.
- Natürlich wird das Geschäft gegenseitig verrechnet, damit alles seine Richtigkeit hat, und wir bei der nächsten Mehrwertsteuerrevision keinen "Tolgen" im Reinheft haben. Aber die Rechnungen der Städtischen Werke und der VBSH sind beide gleich hoch. Das Ganze ist damit ein Nullsummenspiel, allerdings zum Nutzen aller.

Der Stadtrat steht vollumfänglich hinter dieser Lösung. Wenn Sie auf das Angebot des Stadtrates einsteigen, können Sie das Postulat überweisen. Da wir den Auftrag umgehend ausführen, empfehlen wir Ihnen das Postulat auch gleich wieder abzuschreiben. "

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

"Atomstrom kommt immer aus der Steckdose, Zertifikate hin oder her. Im Unterschied zu CO₂-Zertifikaten, wo tatsächlich etwas eingespart wird oder zum Beispiel Bäume gepflanzt werden müssen, geschieht mit Clean solution nichts. Windräder werden zwar gefördert, aber die Atomkraftwerke, die auf Bandenergie ausgelegt sind, produzieren immer, und diese Energie kommt auch aus der Steckdose. Es müssten nämlich auf dem Randen Windräder aufgestellt und eine Leitung direkt an die Steckdose gelegt werden. Aber das möchte wahrscheinlich auch nicht jeder.

Die Vorlage ist deshalb unnützlich, sie bringt absolut nichts. Ich weiss auch nicht, ob das Verrechnungsgeschäft auf Seiten des Kraftwerks gratis ist, aber vielleicht hören wir dazu noch Details. "

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Wir sind schon etwas überrascht, dass dieses Traktandum heute diskutiert wird, da wir in unserer Fraktion nicht darüber gesprochen haben. Ich weiss nicht, wie unsere Fraktion abstimmen wird.

Bei Clean solution handelt es sich um ein reines Marketinginstrument. Das Geld könnten wir viel besser in die Produktion erneuerbarer Energie investieren. Es verändert den Strommix überhaupt nicht, es geht nur um eine Augenwischerei, um einen modernen Ablassbrief, unter dem Motto "Wenn das Geld im Kasten klingelt, die Seele aus dem Fegefeuer springt". Mehr ist es nicht, das Geld fliesst nur in irgendwelche undurchsichtigen Kanäle. Der Vorschlag mit dem Nullsummenspiel

zeigt deutlich auf, dass wirklich nichts passiert, ausser, dass die Trolleybusse gross angeschrieben werden. Der Strommix bleibt wie gesagt unverändert, keine einzige Kilowattstunde, und nicht einmal die Angestellten des Kraftwerkes glauben daran. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle versichern. Deshalb werde ich das Postulat nicht unterstützen und ihm auch nicht zustimmen. “

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

”Ich werde dem Postulat nicht zustimmen. Im Jahr 2005 habe ich eine Kleine Anfrage eingereicht, als unser Kraftwerk den Clean solution-Strom nach Genf verkaufte. Inzwischen wissen wir, dass dieser auch nach Berlin verkauft wird. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage wurde mir erklärt, dass etwas, was mehr Wert ist, auch vermarktet werden muss. Ausgerechnet jetzt, wollen wir diesen Strom nicht mehr vermarkten, sondern ihn mit einem mehr oder weniger schlechten Deal (Werbeflächen auf dem Bus) gegen einen Bus eintauschen, der angemalt wird. Ich kann dies nicht unterstützen. Der Rhein fliesst neben unserer Stadt vorbei; bereits Henri Moser hat ihn genutzt, um Industrie anzusiedeln. Ich bin dafür, dass wir in Schaffhausen auf diesen Strom als Wirtschaftsförderungselement Anrecht haben, danach habe ich mich auch in meiner Kleinen Anfrage erkundigt. Jetzt sollen wir plötzlich keine Vermarktung mehr machen, sondern den Clean solution-Strom für den Trolleybus einsetzen. Diesem Vorgehen werde ich garantiert nicht zustimmen. Andere Städte sind nicht in der glücklichen Lage wie wir in Schaffhausen, sie haben keinen Fluss, der an ihrer Stadt vorbei fliesst, und deshalb können sie ihren Strom nicht aus einem Flusskraftwerk beziehen. Ich bin aus diesem Grund nach wie vor der Meinung, dass Schaffhausen ein Anrecht auf den im Elektrizitätswerk Schaffhausen produzierten Strom hat. Wir müssen für diese Stromerzeugung wirklich keine Gegenleistung erbringen wie zum Beispiel für Ökozertifikate. Für Windenergie müssen wir Windräder auf dem Randen installieren und für Solarenergie die entsprechenden Anlagen auf dem Dach montieren, aber für den Rhein müssen wir nichts leisten, deshalb werde ich das Postulat nicht unterstützen. “

Josef Eugster (SVP)**Votum**

”Für mich ist die heutige Sitzung sonderbar. Zum Trolleybus: Die Wirtschaftlichkeit des unverhältnismässig kleinen Trolleybusnetzes in der Stadt Schaffhausen wurde in Frage gestellt, die Kosten werden in naher Zukunft sehr hoch sein. Ein weiterer Ausbau des Trolleybusnetzes wird wohl kaum in Frage kommen. Ohne dass der Stimmbürger und Steuerzahler zum Grundsatzentscheid über die Weiterführung des Trolleybusnetzes Stellung nehmen kann, werden wir keine Zusatzkosten akzeptieren, und schon gar keine Pseudokosten.

Ich hoffe, dass sich der Stadtrat dieses Mal möglichst viel Zeit mit der Beantwortung des Postulats nimmt. “

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

”Ich kann Ihnen auch keine Fraktionsmeinung abgeben, wir haben das Postulat noch nicht besprochen. Es ist also eine rein persönliche Meinung, die ich abgeben werde.

Wir haben im Kantonsrat von der FDP-Fraktion ein Postulat unterstützt, das den Atomausstieg in den nächsten 40 Jahren verlangt und auch der Motion im Grossen Stadtrat teilweise zugestimmt. Dort ist nachzulesen, dass psychologisch auf die Leute eingewirkt werden sollte, damit der Stromverbrauch reduziert wird. Jetzt haben

wir die Gelegenheit, auf dem Bus für Ökostrom Werbung zu machen und auf Atomstrom zu verzichten. Das ist auch richtig so, es soll ein psychologischer Effekt entstehen, der die Leute daran erinnert, auf Atomstrom zu verzichten und - wo es möglich ist - generell auf Strom zu verzichten.

Dass - wie von Erwin Sutter behauptet - das Geld vom Ökostrom einfach irgendwo versickert, entspricht überhaupt nicht den Tatsachen. Der Rappen, der pro Kilowattstunde zusätzlich bezahlt wird, fliesst vollumfänglich in die sehr sinnvolle Renaturierung des Rheinufer. Das ist ein Leitbild für die Offenlegung von Gewässern: Mit renaturierten Gewässern kann die gleiche Menge Energie erzeugt werden wie mit kanalisierten. Daher ist der Ökostromrappen enorm sinnvoll und versickert keineswegs. Aus diesem Grund unterstütze ich das Postulat, obwohl es gleichzeitig abgeschrieben wird. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

”Ich erlaube mir zu diesem Thema kurz das Wort zu ergreifen und stelle fest, dass viel Leben in diesen Raum kommt, wenn ein Traktandum nicht in den Fraktionen vorbesprochen wurde. So haben wir die Gelegenheit, verschiedene Meinungen zu einem Thema zu hören und die Blockbildung entschärft sich etwas.

Urs Tanner wünscht sich für sein Postulat eine ebenso grosse Unterstützung wie zuvor Walter Hotz für sein Postulat erfahren durfte. Ich beziehe ebenfalls Clean solution-Strom, aber nicht zu hundert Prozent. Wollen wir den Trolleybus zu hundert Prozent Atomstrom frei fahren lassen, müsste zuerst mehr Alternativstrom produziert werden. Es kommt mir beim Clean solution-Strom vor wie mit dem Hallauer Wein, von dem im Ausland vermutlich mehr getrunken wird wie wir bei uns im Klettgau produzieren. Deshalb werde ich dem Postulat nicht zustimmen, weil ich weiterhin zuhause Clean solution-Strom beziehen will. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

”Clean solution ist nicht ein Versickerprinzip, sondern hat eine gute “Mechanik”, einerseits im Sinne wie von Urs Tanner geschildert, andererseits mit einem zwingenden Anteil von neuer erneuerbarer Energie, das heisst mit jeder Kilowattstunde Clean solution sind die Städtischen Werke gezwungen, zusätzlich neue erneuerbare Energie einzukaufen, entweder zu investieren oder fremd einzukaufen, und damit Investitionen in solche Energien auszulösen. Es ist also kein Nullsummenspiel, sondern bezüglich der Energie eine zukunftsgerichtete Investition. Dass Berlin und Genf bei uns einkaufen, ist sehr positiv - sie investieren in unser Rheinufer und in neue erneuerbare Energie. Es ist mehr wie gerechtfertigt, wenn wir als Stadt ebenfalls in dieses Produkt investieren, es gehört mit zu einem Rundum-Marketing und zu der von uns vertretenen Haltung. “

SR Thomas Feurer**Votum**

”Thomas Hauser hat mich mit seiner Aussage unterstützt, als Erwin Sutter vom Versickerprinzip sprach und Till Hardmeier meinte, man kenne nicht einmal die administrativen Zusatzkosten - es kostet nämlich überhaupt nichts. Der Strompreis wird mit einem anderen Faktor berechnet und der Rappen der Clean solution Produkte fliesst in den Ökofonds für unsere Zukunft und die Renaturierung des Rheinufer. In diesem Rat hat es viele Leute, die bereits von diesen Leistungen profitieren.

Alfred Tappolet hat gesagt, wir müssten nichts dafür leisten, dass der Rhein vor unserer Haustüre vorbei fliesst. Der Rhein fliesst zwar vorbei, aber Strom produziert er keineswegs von selbst. Soeben haben wir Fr. 20 Mio. für neue Turbinen im Kraftwerk investiert, für die kommenden Generationen und die nächste 45 Jahre.

Ich hätte ebenfalls gerne hundert Prozent des Clean solution-Stroms für uns, aber dies ist aufgrund der Konzessionsbedingungen und des Aktionariats nicht möglich. Die Stadt Schaffhausen besitzt bekanntlich 51% der Aktien, der Rest ist beim Kanton und der Axpo, die ebenfalls einen Teil der Energie zu diesem Preis abschöpfen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Debatte, die wir heute Abend in diesem Saal führen, ein Vorgeschmack dessen ist, was in 10 bis 20 Jahren ein zentraler Punkt in der politischen Diskussionslandschaft sein wird, nämlich dass wir uns über die vorhandenen Ressourcen und deren richtige Verteilung werden streiten müssen. Deshalb stimmt es, Fredy Tappolet, dass wir mit dem Rhein und dem Kraftwerk längere Spiesse haben werden wie andere Städte. Aber wir haben auch ziemlich viel dafür investiert. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)

Votum

”Ich fasse mich kurz und teile Ihnen meine persönliche Meinung mit. Ich mache mir keine Illusionen, dass mit der Unterstützung dieses Postulats auch nur ein Atomkraftwerk ausgeschaltet wird. Aber ich bin der Meinung, dass es Sinn macht, einen Schritt in diese Richtung zu machen und ein Zeichen zu setzen. Ich werde das Postulat unterstützen. “

Simon Stocker (AL)

Votum

”Liebe Freunde der SVP, Sie haben ein grösseres Problem, weil Sie ökologische Fragen nicht glaubwürdig politisieren können. Ich erinnere mich an jeden einzelnen Vorstoss von Seiten der OeBS und von uns, jeder wurde von Ihnen mit 99% abgeschmettert, mit der Begründung, Sie wollten nicht unnötig Geld ausgeben; einige erwähnten auch, dass es gar kein Ökoprobem gäbe. Heute haben wir diesen Vorstoss - und Sie sagen, man müsste in Windräder, Solaranlagen und erneuerbare Energien investieren. Es ist sehr seltsam, Sie hängen Ihre Fahne in den Wind und nehmen heute plötzlich eine Position sozusagen als Gegenposition zum Postulat ein. Gerne würde ich Sie beim Wort nehmen und erwarte beim nächsten ökologischen Vorstoss mit Freude Ihre Zustimmung. “

Ernst Spengler (SVP)

Votum

”Mit diesem Postulat verändern wir den Strommix keineswegs, ich kann ihm deshalb nicht zustimmen. Ich könnte es nur dann, wenn der Rhein im Gleichschritt höher gestaut würde, damit mehr Strom aus Wasserkraft gewonnen werden könnte. Das wäre ein ökologischer Vorstoss, Simon Stocker. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

”Simon Stocker hat nur die SVP-Freunde - aber nicht die SVP-Freundinnen - erwähnt, deshalb wage ich mich jetzt nach vorne. Aus unseren Reihen stammt die Anfrage des Solarbusses, mit der Absicht, dass im öffentlichen Verkehr mit erneuerbarer Energie gefahren wird. So viel Unverständnis können Sie uns nicht unterstellen. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

"Es hat mich etwas gereizt, was Simon Stocker gesagt hat. Ich habe mich sehr für die Windenergie im Kantonsrat eingesetzt - aber die Linke hat vehement gegen Windparks geschossen. Warum schießt die Linke immer gegen die neuen Stauseen, die alternative Energie produzieren und gegen Solarzellen, die auf den Dächern montiert werden? Tiere würden sterben oder es sähe nicht schön aus, sind jeweils die Argumente. Via VCS verhindert komischerweise immer die Linke entsprechende Vorstösse. "

Ernst Spengler (SVP)**Votum**

"Auf dem Betrieb des SVP-Grossstadtrates werden jährlich zwischen 25'000-30'000 Kilowattstunden Solarenergie produziert - die von der SVP verstehen auch etwas von Ökologie. "

Erwin Sutter (EDU)**Votum**

"Ich habe nichts dagegen, wenn Geld in Ökostrom Geld investiert wird. Nur, es ist ganz klar eine Lüge, wenn man den Trolleybus mit "Wir fahren zu 100% mit Ökostrom" anmalt. Auch wenn der Strommix von 48% Atomstrom auf 47,5% sinkt, ist das zwar eine gewisse Leistung, aber er fährt damit immer noch mit 47,5% Atomstrom, weil es keine direkte Leitung vom Kraftwerk ins Verteilerzentrum des Trolleybusses gibt. Dieser Strom fliesst ins grosse Netz. Selbst bei einer "virtuellen" Annahme von 100% Ökostrom, würde dies einfach bedeuten, dass alle anderen anstatt mit 48% jetzt mit 49% Atomstrom unterwegs sind. Das wäre die Konsequenz. Der Strommix verändert sich damit überhaupt nicht, es ist eine reine Marketingidee des Kraftwerks. "

Peter Möller (SP)**Votum**

"Die von Erwin Sutter gemachte Rechnung können wir nicht einfach so stehen lassen. Mit dem Einkauf von Clean solution wird auch die alternative Energieerzeugung gefördert. Damit verändert sich natürlich der Strommix nicht auf einen Schlag, aber wir müssen den Weg einer schrittweisen Veränderung begehen, um überhaupt etwas verändern zu können. "

SR Peter Käppler**Votum**

"Es ist nicht so, dass Clean solution ein undefiniertes Produkt ist, im Gegenteil, es ist ein zertifiziertes Produkt. Wer Clean solution kauft, erhält diesen Strom auch. Es kann schon sein, dass in der Steckdose etwas anderes "herumschwirrt" - aber je mehr zertifizierter Strom nachweisbar aus Wasserkraft oder erneuerbarer Energie kommt, desto höher wird der Druck, solche Anlagen zu erstellen. Das ist ein wichtiges Zeichen, und die Stadt Schaffhausen ist mit den Kraftwerken auf gutem Weg, zusammen mit der Etawatt, möglichst auch in Schaffhausen solche Anlagen zu erstellen. Dass Windkraftwerke in Schaffhausen nicht einfach sind, hat eine Studie des Kantons gezeigt, aber es macht trotzdem Sinn, wenn diese nach Möglichkeit gebaut werden.

Im Bereich der Fotovoltaik wird in Zukunft investiert, auf der KSS-Eishalle wird ein grösseres Solarkraftwerk installiert. Wir produzieren dann eine Solarenergie, die wiederum in das Produkt Clean solution fließen kann. Die Kraftwerke sind daran,

neue Flächen für Fotovoltaikanlagen zu suchen. Auf den städtischen Gebäuden machen wir dies zusammen mit KWS und Etawatt. Hier sorgen wir selbst dafür, dass neben der Wasserkraft neue Energieformen entstehen können. Der Rhein fliesst zwar vor der Haustüre vorbei, aber das Kraftwerk gehört nur zu 50% der Stadt, ergo können wir auch nur 50% dieses Stroms beanspruchen. Mit Eigeninitiative - wie oben erwähnt - können wir uns jedoch für eine Veränderung des Strommixes einsetzen. Je höher die Nachfrage, desto grösser der Druck für den Bau dieser Anlagen. Mit zertifiziertem Strom ist dies möglich. Deshalb macht es Sinn, für den Trolleybus 1,5 Megawatt Clean solution zu verwenden. "

Urs Tanner (SP)**Schlusswort**

"Ich fasse mich kurz - Thomas Hauser hat bereits ein Schlusswort gehalten, aber seiner Motion zu den Motorbooten stimme ich trotzdem nicht zu.

Als Fraktionspräsident der SP/AL möchte ich mich an die Fraktionen und an die Gruppe ohne Fraktion richten: Wir sind durchaus in der Lage, nicht nur zwei, sondern vier bis fünf Traktanden an einer Fraktionssitzung vorzubereiten.

Schlussendlich wird sich aber am Endresultat nicht viel ändern, der Graben ist doch etwas tiefer wie bei den Kulturvereinigungen. Den Walter Hotz-Effekt auslösen konnte ich leider nicht, da müsste ich andere Schritte unternehmen, was ich aber nicht möchte. Der Ablasshandel gehört zur EDU, da kann ich nicht mithalten. Was ich jedoch aus der Ökonomie weiss, ist, dass der Kuchen immer gleich gross ist und die Nachfrage definiert das Angebot und die Macht der Konsumentinnen und Konsumenten. Wenn wir unser Verhalten ändern und Strom vom Dach des SVP-Kollegen abonnieren, kann jeder seinen eigenen Strommix zu hundert Prozent definieren. Dem sagt man kapitalistischer Druck.

Es ist ein Tripel WWW-Geschäft: Erstes Win = kostet nichts, zweites Win = Werbung, drittes Win = sofort abschreiben. "

Abstimmung:.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 22 : 12 Stimmen erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

SCHLUSSWORT DER RATSPRÄSIDENTIN:

Die nächste Ratssitzung am Dienstag, 6. April 2010, fällt aus. Urs Tanner (SP) und Till Hardmeier (JFSH) haben sich entschuldigt.

Während der Sitzung eingegangenes Geschäft:

- Verfahrenspostulat Christine Thommen (FDP): Neuwahlen in ständige Kommissionen bei der zahlenmässigen Änderung der Fraktionsstärke, Eingangsdatum 23.03.2010
- Motion Thomas Hauser (FDP): Reglement über die Benützung der Bootsliegplätze (RSS 430.1), Eingangsdatum 23.03.2010

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 19:43 Uhr.

Die Ratssekretärin:
Gabriele Behring